

Schweden hat eine neue Regierung – eine Zäsur in der schwedischen Politik

Dänemark wählt am 1. November

Schweden

Neue Regierung in Schweden

Schweden hat seit diesem Montag eine neue Regierung und mit Ulf Kristersson von den bürgerlichen Moderaten einen neuen Staatsminister. Kristerssons Koalition ist eine Minderheitsregierung aus den Moderaten (M), Christdemokraten (KD) und den Liberalen (L). Ihre parlamentarische Mehrheit basiert auf einer Zusammenarbeit mit den rechtsnationalen Schwedendemokraten (SD).

Unterstützung durch die rechtsnationalen Schwedendemokraten - eine Zäsur in der schwedischen Politik

Die Schwedendemokraten werden als rechtsnational eingeordnet und wegen ihrer Wurzeln in neonazistischen Strukturen kritisiert, von welchen sich die heutige Parteiführung allerdings seit längerem versucht zu distanzieren. Die SD wurden mit [20,5% bei den Parlamentswahlen vor ungefähr einem Monat stärkste Kraft im konservativen Block, knapp gefolgt von den Moderaten \(19,1%\)](#). In Schweden sind Minderheitsregierungen üblich, jedoch sind die Schwedendemokraten als Stützpartei eine Zäsur. Im Hinblick auf das starke Wahlergebnis der SD war es dennoch eine erfolgreich gemeisterte Herausforderung für alle drei Regierungsparteien, die Schwedendemokraten aus der Regierung und aus der Führung von Ministerien fernzuhalten.

Die formelle und inhaltliche Form der Zusammenarbeit der drei nun frisch im Amt bestätigten Regierungsparteien mit den Schwedendemokraten wird im [gemeinsamen Koalitionsvertrag, dem Tidöavtalet](#), definiert. Der wichtigste Kompromiss dieses Vertrags ist, dass die Schwedendemokraten kein offizieller Teil der Regierung sind, es aber eine inhaltlich enge Kooperation geben wird. Darüber hinaus enthält der Koalitionsvertrag wesentliche Kernforderungen von allen vier Parteien. Die Moderaten konnten sich bei der Inneren Sicherheit sowie Haushalts- und Finanzpolitik durchsetzen, während die Christdemokraten in der Gesundheitspolitik punkteten. Die Liberalen gestalten vor allem die Schulpolitik, die Schwedendemokraten die Migrationspolitik.

Ausbau von Atomkraft und Begrenzung von Migration im Koalitionsvertrag verankert

Die wichtigsten Veränderungen bei den vier Parteien sind die Einstellung des Atomausstiegs und der massive Ausbau von Atomkraft, die starke Begrenzung von Migration, ein härteres Eingreifen gegenüber Bandenkriminalität, Kürzungen in der Entwicklungshilfe, und eine Umgestaltung des derzeit noch föderalen Gesundheitssystems.

[Der Koalitionsvertrag und die Ausgestaltung der Kooperation wird in Schweden aus unterschiedlichen Perspektiven kritisiert](#). Politische Gegenspieler, aber auch Stimmen innerhalb der Regierungspartei der Liberalen kritisieren, dass der Preis dafür, die Schwedendemokraten aus der Regierungskoalition durch inhaltlichen Zugeständnisse auszuschließen, zu hoch geworden und rote Linien in bestimmten Fragen überschritten worden seien. Außerdem wird in der schwedischen Gesellschaft diskutiert, ob es richtig ist die SD zwar de facto, aber nicht formell an der Regierung teilhaben zu lassen. Hierbei handelt es sich auch um die Rechenschaftsfrage, da die Schwedendemokraten als Stützpartei die

Regierungspolitik maßgeblich beeinflussen können, ohne direkte politische Verantwortung für diese zu tragen.

Die Zukunft wird zeigen, ob diese neue Form der politischen Zusammenarbeit die Schwedendemokraten dauerhaft als handlungsfähigen, politischen Akteur in der schwedischen Politik etabliert oder der rechtspopulistischen bisherigen Oppositionspartei den Wind aus den Flügeln nimmt.

Dänemark

Wahlen für den 1. November in Dänemark anberaumt

Anfang Oktober kündigte die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen für den 1. November nationale Wahlen an. Dem war ein Ultimatum des sozialliberalen Koalitionspartners *Radikale Venstre* (RV) vorausgegangen.

Grund für die mögliche Einleitung eines Misstrauensvotums war ein Bericht der Untersuchungskommission zum millionenfachen Töten von Zuchtnerzen, welcher der Regierung Fahrlässigkeit bei der Reaktion auf eine mutmaßliche Corona-Mutation in der dänischen Pelzindustrie vorwarf.

Daraufhin gab Frederiksen am 5. Oktober in einer [Pressekonferenz](#) bekannt, dass die Parlamentswahlen für den 1. November vorgesehen seien. Die Staatministerin gab bekannt, dass ihre Partei zwar bestrebt sein werde, einer sozialdemokratischen politischen Linie zu folgen, aber dennoch eine „breite Regierung“ bilden wolle. Sie bezeichnete den kommenden Urnengang als „Sicherheitswahl,“ und betonte, dass es ihrer Regierung hierbei um persönliche, finanzielle und familienpolitische Sicherheit, sowie um die Verteidigung Dänemarks und Europas gehe.

Beide politischen Blöcke gleich stark

Am 1. November wird die dänische Bevölkerung über die Verteilung von 175 Sitzen im Folketinget, dem dänischen Parlament, bestimmen. Weitere zwei Sitze werden jeweils auf Grönland und den Färöern bestimmt, wobei die Färöer bereits am 31. Oktober wählen werden. Laut aktuellen [Meinungsumfragen](#), liegen die beiden großen politischen Blöcke, der blaue und der rote Block (siehe Graphik) relativ nah bei einander. Der konservative blaue Block, der in den letzten Monaten an Einfluss gewinnen konnte, hat seit der Ankündigung der Wahl an Prozentpunkten verloren.

Kilde: Voxmeter for Ritzau

Telefoninterview, nationalt repræsentativt

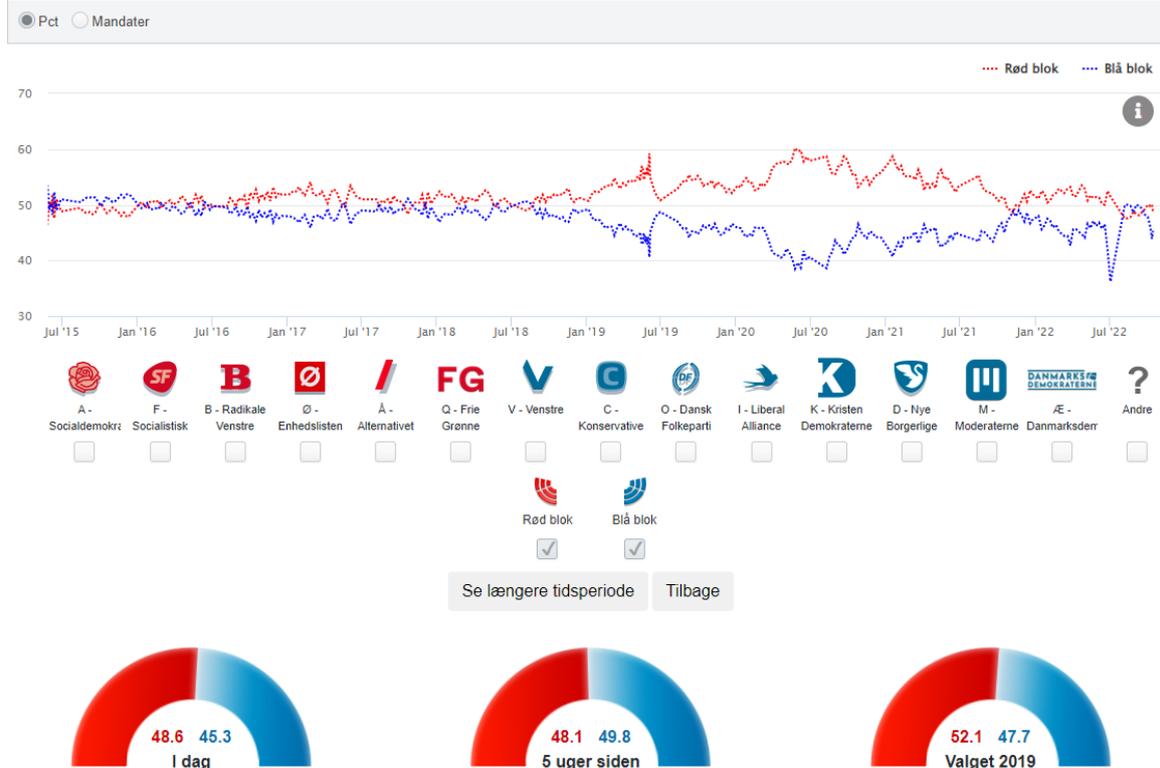


Bild: [Voxmeter](#)

Skandal um den Vorsitzenden der Konservativen Partei

Im Vorfeld der Wahlen werden nun die Positionen und das vergangene Verhalten individueller Politiker genauer geprüft. Hohe Wellen schlägt zum Beispiel [ein Vorfall](#), bei dem Søren Pape Poulsen, der Vorsitzende der *Konservative Folkeparti* (DKF), im Amt als Justizminister gegen das diplomatische Protokoll verstoßen haben soll. Angeblich soll Pape Poulsen 2018 während einer Urlaubsreise in die Dominikanische Republik ein inoffizielles Treffen mit dem Präsidenten Danilo Medina gehabt haben, ohne das dänische Außenministerium darüber informiert zu haben. Pape Poulsons dominikanischer Lebenspartner (später Ehemann) Josue Medina Vasquez, soll dabei eine wichtige Rolle gespielt haben, wobei unklar bleibt, was genau vorgefallen ist. Pape Poulsen und Medina Vasquez haben sich im September getrennt, nachdem in den Medien viel über [Medina Vasquez Hintergrund spekuliert wurde](#).

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Regionalprogramm Nordische Länder

Info.nordics@kas.de

+46 (0) 8 611 7000

<https://www.kas.de/de/web/nordische>



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>)